

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Nr. 247

Sonnabend, den 21. Oktober 1922

17. Jahrgang

Supplementum zum Auer Tageblatt
Preis im Einzelverkauf 100 Mark
Abonnementspreise siehe Anzeiger
— Druckerei: Auer Tagblatt
— Druckerei: Auer Tagblatt

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postamt: Auer, Leipzig Nr. 1090

Nach dem Sturze Lloyd Georges.

Was sich in England durch den Sturz Lloyd Georges und die Zertrümmerung der alten Koalition abspielt, ist nichts anderes, als die bisher schon mehrfach drohende, aber immer wieder hinausgeschobene innerpolitische Liquidation des Krieges, gewissermaßen eine friedliche parlamentarische und parteienmäßige Revolution, während in Frankreich noch immer das Siegesparlament und der bloc national sich ihres Lebens freuen, die zu gleicher Zeit, da Lloyd George gestürzt wurde, ihrem Herrn und Meister Poincaré ein Vertrauensvotum ausgestellt haben. Wenn die Entwicklung in England rascher ging, und die parlamentarischen Neuwahlen, die verfassungsmäßig erst Ende 1923 stattfinden sollten, nun in kürzester Frist stattfinden werden, so ist damit ein Ereignis eingetreten, das Lloyd George schon Ende vorigen Jahres kurz vor der Konferenz von Cannes und dann wieder Anfang März dieses Jahres mit seinem bekannten Briefe an Chamberlain an die Wand gemalt hatte. Denn auch Lloyd George war sich längst klar darüber, daß der jetzige Zustand nicht mehr lange haltbar sein würde. Und so ist denn auch nicht so sehr seine unglückliche Hand in der Orientkrise, die vielmehr nur der letzte äußere Anlaß dazu war, sondern der Ueberdruß an der im Kriege geschaffenen Regierungskoalition der Liberalen und Konservativen, d. h. jener zwei Parteien, die sich sonst in England seit Jahrhunderten abwechselnd als Regierung und Opposition gegenüber standen und auf deren periodische Ablösung das ganze englische Regierungssystem traditionell aufgebaut ist. Schuld an seinem Sturze. Diese im Kriege geschaffene und durch die Wahlwahlen im Jahre 1918 von Lloyd George verewigte Koalition hat sich überlebt und das englische Parteienwesen in einen geradezu chaotischen Zustand versetzt. Auf beiden Flügeln der Koalition entstanden oppositionelle Gruppen: die Unabhängig-Liberalen und die Unabhängig-Konservativen. Immer wieder aber wurde Lloyd George ihrer Herr, der schließlich schließlich zum Diktator geworden war, und von sich sagen durfte: die Koalition bin ich. Wie tief dieser Parteienwirrwarr greift, beweist am besten der Abschiedsbrief der scheidenden unionistischen Minister an Lloyd George, in dem mit Ausnahme Lord Curzon's Männer wie Chamberlain, Balfour, Birkenhead, Horne, Evans und Leeds erklären, daß sie trotz der Entscheidung der Konservativen Partei Lloyd George nicht fallen zu lassen beabsichtigen. Dieser Brief ist auch gleichzeitig ein Beweis für den gewaltigen Einfluß der Persönlichkeit Lloyd Georges.

Die Konservativen, die jetzt der Koalition den Todeskopf verhängt haben, bei den Neuwahlen als Unabhängige konservative Partei auftreten und, falls sie die Mehrheit erhalten, auch einen Konservativen als Premierminister stellen wollen, waren bisher die weitest- und stärkste Stütze der Koalition. Aber es wird sich erst zeigen müssen, ob ihr demnachstiger neuer Führer Bonar Law, der zweifellos an die Stelle ihres nun ausgeschiedenen Führers Chamberlain treten wird, sich nicht verrechnet haben wird. Es ist kaum anzunehmen, daß die Unionisten im neuen Parlamente die absolute Mehrheit erringen werden. Nicht nur weil die Arbeiterpartei bei allen Nachwahlen erheblich zugenommen hat und mit einer sehr starken Vermehrung ihrer Sitze rechnet, sondern auch deshalb, weil die Möglichkeit einer Parteienneugründung, einer Zentrums-Partei aus Koalitions-Liberalen und den zurückgetretenen Konservativen, durch den ungeheuer beweglichen Lloyd George durchaus nicht von der Hand zu weisen ist. So könnte es sich ereignen, daß entweder die Liberalen und die Arbeiterpartei eine Regierungskoalition bilden, der gegenüber die Unionisten in die Opposition gehen, oder aber daß sie sich selbst mit den Liberalen wieder zu der alten Koalition verbinden müßten: eine Möglichkeit, die sich die konservative Partei in ihrem Beschlusse ja auch ausdrücklich offen gehalten hat. In ein Zusammengehen der Unionisten mit der Arbeiterpartei unter Clynes und Henderson ist ja von beiden Seiten nicht zu denken. Jedenfalls ist das Parteienbild demnach verwirrt, daß über das Ergebnis der Wahlen ganz unendlich irgend etwas vorausgesagt werden kann.

Für alle Fälle ist es zu früh, heute schon einen politischen Nachruf auf Lloyd George zu schreiben und von seinem Glück und Ende zu sprechen. Der noch nicht Sechzigjährige, der als Sohn eines Dorfschullehrers geboren ist, bei einem Urteil, welches Schuhmacher war, aufwuchs, und dann als Rechtsanwalt, als Bauernanwalt, der Schreck der Landlords wurde und als radikal-demokratischer Parlamentarier seine Popularität begründete, hat eine so gewaltige Rolle im politischen Leben Großbritanniens gespielt, als daß man annehmen dürfte, daß ein Mann von seinem Temperament, seiner Tüchtigkeit und seiner tatsächlichen Schmiegsamkeit gesonnen wäre, untätig als Zuschauer zur Seite zu stehen. Wahrscheinlich bedauert sich doch in

keiner Person der Sieg Englands im Weltkrieg, wie sich in ihm freilich auch die Witschuld Englands an dem Chaos und dem ungeheuren Mord, unter dem heute die ganze Welt, England nicht ausgenommen, leidet, bethört. In Deutschland jedenfalls sollte man nach diesen bitteren Enttäuschungen endlich verlernt haben, aus den innerpolitischen Ereignissen in den ehemals feindlichen Ländern günstige Wendungen oder etwa gar die Morgenröte einer neuen Weltordnung für uns zu erhoffen. Wenn für Deutschland aus den Neuwahlen überhaupt ein Vorteil entspringen könnte, so wäre es nur möglich, wenn etwa die Unabhängig-Liberalen und die Arbeiterpartei zusammen ein Kabinett bilden könnten. Die Tendenz eines solchen Kabinetts, das vielleicht unter der Führung von Asquith und Grey mit harter Arbeitervermischung stände, müßte eine freihändlerisch-liberale sein. Mit der Wiederkehr der Liberalen aber in England würde auch die Frankreich geleistete englische Heerfolge, die Paris zum Zentrum von Europa gemacht hat, aufhören. Freilich hat man auch in Frankreich, wo jetzt der Sturz Lloyd Georges als Sieg Poincarés gefeiert wird, eigentlich gar nicht so sehr Grund zur Freude. Man scheint dort ganz den Brief Bonar Law's vergessen zu haben, den er in der vorigen Woche an die „Times“ gerichtet hat, und in dem er sich nicht „voll und ganz mit der bisherigen Haltung der britischen Regierung in der Orientfrage einverstanden erklärt“, sondern auch mit der Selbstisolierung Englands nach amerikanischem Muster droht.

Londoner Pressestimmen.

Die Presse ist allgemein auf einen Ton der Verurteilung über die Wirkung der Krise abgestimmt. Alle Morgenzeitungen widmen selbstverständlich den Vorgängen, die zum Sturz Lloyd Georges geführt haben, einen breiten Raum. Das bisherige Regierungsblatt Daily Chronicle schreibt: Da keinerlei Wechsel in der Orientierung der auswärtigen Politik versucht werden wird, werden die Kritiker Lloyd Georges in Frankreich und anderswo, die auf einen Regierungswechsel gehofft hatten, nur enttäuscht werden. Die Abfragen Betungen ergeben sich in den glänzendsten Versprechungen von Friede und Wohlstand für die Zukunft in dem wohlbestimmten Ton aus den politischen Kreisen in der Vorkriegszeit. Ueber die Tatsache, daß Lloyd George, dessen politischer Niedergang die Presse seit 17 Jahren, d. h. seitdem er zum ersten Male in ein Kabinett eintrat, vorausgesagt hat, wenigstens vorübergehend, außer Acht ist, können die Blätter ihre Freude nicht verbergen. So heißt es in der Times: Der Zusammenbruch der Koalition und der Sturz Lloyd Georges werden von weitgehender Bedeutung für das In- und Ausland sein. Ihre Auswirkung wird aber überall wohltuend sein.

Ein „Gesühl der Befreiung“.

Der Sturz der englischen Regierung ist in Paris mit einem Gefühl der Befreiung aufgenommen worden. Man hofft, daß die Neuwahl des englischen Parlaments eine Mehrheit ergibt, die fest von der Notwendigkeit enger freundschaftlicher Beziehungen zu Frankreich überzeugt ist. Die Morgenblätter triumphieren zum Teil über den Sturz Lloyd Georges, bringen jedoch zum Ausdruck, daß sich ihre Freude ausschließlich gegen die Person des bisherigen Premierministers und gegen seine persönliche Politik richtet, nicht aber gegen England. Das nationalistische Echo de Paris wirft Lloyd George vor allem vor, seine Versprechungen nicht gehalten zu haben und stellt ihm Bonar Law als Mann entgegen, der alles tun werde, um der Entente Cordiale ihre alte Stärke zu geben. Die Libre Parole hofft, daß der „Totengänger des alten Englands“ zu langer Ruhezeit verdammt werde. Nach Ansicht des Journals wird der Sturz Lloyd Georges insofern eine Entspannung herbeiführen, als der bisherige Premierminister persönlichen Groll gegen Frankreich gehegt habe. Auf einen Umschwung der englischen Politik darf Frankreich nach dem Blatt aber nicht rechnen.

Die Verschiebung der Präsidentenwahl im Reichstag.

Abg. Dr. Mumm (n.) erhebt Einspruch gegen eine Verordnung des sächsischen Kultusministeriums, wonach an staatlich nicht anerkannten Feiertagen Lehrern und Schülern in keinem Falle mehr Unterrichtsbesetzung zum Zwecke der Teilnahme an religiösen Feiertagsfeierungen erteilt werden darf. Diese religionsfeindliche Verordnung widerspricht der Reichsverfassung. Den gleichen Gegenstand behandelte eine Anfrage Dr. Philipp (Dn.), der darauf hinwies, daß Umbau, Gebote und Kirchenlieder in Schulen nur in den Religionsstunden zulässig sind. Ein Regierungsvertreter erklärte, daß Barandian

der Reichsregierung mit der sächsischen Regierung übereinstimmen. Grundätzlich seien vom Standpunkte der Reichsversammlung Einwendungen nicht zu erheben.

In einer weiteren Anfrage weist Dr. Mumm darauf hin, daß vielfach ganze Viehtransporte ins Ausland verschoben werden und daß die ungeheure Viehtransportsteuerung auch darauf zurückzuführen sei. Regierungseitig wird erwidert, daß die Landesregierungen zur schärfsten Bekämpfung des nicht konzessionierten Viehhandels aufgefordert seien. Viehtransporte würden nach den besetzten Gebieten hauptsächlich von der Bevölkerung als Auslandstransporte angesehen.

Auf der Tagesordnung steht dank der Antrag der Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei, in den Artikel 180 der Verfassung die Bestimmung aufzunehmen, daß der von der Nationalversammlung gewählte Reichspräsident sein Amt bis zum 30. Juni 1925 führt. Ein Antrag Hergt (Fr.) verlangt, daß die Wahl am 3. Dezember 1922 vollzogen werde. Abg. Marx (Str.) begründet den Antrag der Reichsparteien. Man dürfe die durch die Not hervorgerufene Erregung des Volkes nicht durch eine Wahl verschärfen. Es gebe auch kaum einen ernsthaften Gegenkandidaten, und zwar nicht etwa, weil der jetzige Reichspräsident der Sozialdemokratischen Partei angehöre, sondern weil er sich durch seine kluge und taktvolle Amtsführung als ein Mann erwiesen habe, der sich von den ihm durch seine politischen Anschauungen gezogenen Grenzen lösen könne. Er habe in erfolgreicher Weise versucht, als Präsident des gesamten deutschen Volkes aufzutreten und die Geschäfte zu führen, und er erfreue sich infolgedessen der Sympathien weitestgehender Kreise der Bevölkerung.

Abg. Hergt lehnt den Kompromißantrag ab und verlangt die Wahl des Reichspräsidenten am 3. Dezember. Noch bis vor kurzem waren sich alle Parteien darüber einig, daß die Wahl beschleunigt werden müsse. Warum nun dieser plötzliche Umfall auf der ganzen Linie? Wenn der Reichspräsident bis 1925 im Amt bleibt, so würde er noch Präsident sein wenn der neue Reichstag zusammentritt, wenn es gilt, eine neue Politik zu machen. Er hat eine sehr einflussreiche Stellung. Wir haben die Hand Eberts bemerkt bei Koalitionsbildungen und bei der Behinderung von Koalitionen, besonders bei der Behinderung der Einheitsfront. Die Bevölkerung wollte die Wahl, weil sie endlich einen überparlamentarischen Reichspräsidenten wollte. Herr Ebert ist doch nur ein Parteimann, und wir hatten immer den Eindruck, daß er fast nur für seine Partei gesorgt hat. (Unruhe bei der Mehrheit.) Wir wollen auch keinen sozialistischen Reichspräsidenten haben. (Sehr richtig! rechts. Wohl links.) Das deutsche Volk hat das gesunde Gefühl, daß es durch die sozialistischen Viehhandlungen Schaden erleidet. Wir brauchen einen christlichen Reichspräsidenten. (Beifall bei der Mehrheit.) Wir haben (zur Linken) noch gar nicht den großen Gedanken der Demokratie erfährt. Wir sind die Vertreter der wahren Demokratie. (Schallende Heiterkeit; ironischer Beifall; vereinzelter Handklatschen.)

Reichstagsler Dr. Wirth:

Einige Worte des Vorredners nötigen mich zu einer Erklärung. Herr Hergt hat gesagt, der Herr Reichspräsident habe stets für seine Partei gesorgt. Ich bezweifle das nicht nur, ich bestreite es. Sie haben gemeint, die gegenwärtige Stellungnahme der Parteien sei ein Rückschlag vor der Sozialdemokratie. Das Gegenteil ist wahr. Die Partei, die auf die Wahl hin gedrängt hat, die sie mir gegenüber auch in den letzten Tagen noch verfochten hat, ist die Reichspartei, die Sozialdemokratie gewesen.

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.) weist die Behauptung des Abg. Hergt zurück, als ob die Arbeitergemeinschaft der Mitte sich vor der Sozialdemokratie gebeugt habe. Herr Hergt wundere sich über die Meinungsänderung der Partei bezüglich des Zeitpunktes der Wahl. Er habe anscheinend vergessen, daß sich die Meinungen auf wirtschaftlichen Gebieten in den letzten Monaten katastrophal entwickelt haben und daß es der Nationalversammlung aller Kräfte bedarf, um diesen Winter hindurch die Existenz und das Leben des deutschen Reiches zu sichern. (Beifall.) In einer solchen Lage sei ein leidenschaftlicher Wahlkampf unmöglich. Wir schlagen gegeneinander und sehen nicht, was von außen geschieht. Es finden wirtschaftliche Verhandlungen statt, wobei Männer tätig sind, die man als große Realpolitiker klug und die Herrn Hergt sehr nahe stehen. Sie vertrauen das einzige Gut, das uns in unserer politischen Ohnmacht verblieben ist, das Gut der deutschen Wirtschaft. Diese Herren haben Herrn Ebert gebeten, das Opfer zu bringen und auf eine Wahl in diesem Jahre zu verzichten. (Laut, Beifall.) Man darf dabei nicht Parteienbevorzugungen sehen, wo ernsthafte

waren, wurde
et.
Dfr. und West-
von Jahren in
Mütterlichkeit,
er der Hofafen,
deutschen Ost-
ungen.
Dgerichte vom
schaftebestpers-
ner in Bodau
y von Wasser
wei Tagen
rafe, und für
erben kann, zu
worden. Die
zu tragen. Die
n Auer Tage-
igung
Dienstag,
he Angelegen-
zeigen ist das
1922 vormittag
und die Orts-
Oktober 1922
tag von 9-12
Uhrstunden fällt
t der Stadt.
GUSTIN
Er-
Haus-
schach.
kin
VER
October:
liebe Film-
ren.
A. Marten.
Dmmler,
he.
Charles
gen 9 Uhr.
hr.
Hefe
berührungsbed
n, denn Befeh-
agt Blabungen
n bei unfein
n und man muß
noch knochen-
amit die Zahn-
beinflußt wird.
einigen die ge-
schügten
ing
en Kinderärz-
ode.
e, Kleinverkauf
pothete, Markt
rsteller:
h, Limbich.